

ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ IM WESTBALKAN





schritten als in Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Mazedonien.

Spannungen zwischen Russland und dem Westen, die Verlangsamung des EU-Integrationsprozesses sowie die Migrationskrise bilden neue Herausforderungen für den Westbalkan. Zudem bleiben die Beziehungen zwischen den Ländern angespannt. Trotz grosser Anstrengungen bleiben zu wenig gefestigte politische Institutionen, wirtschaftlicher Aufholbedarf und verbreitete Arbeitslosigkeit grosse Herausforderungen.

Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bleibt daher notwendig, wobei der Akzent verstärkt auf Gouvernanz, Inklusion und Verminderung der Ungleichheiten, Lösungen von Konflikten und Schutz der Umwelt gelegt werden muss.

Schweizer Vertretungen

-  Botschaft mit Kooperationsbüro
-  Botschaft mit regionalem Konsularcenter

Quellen: CGIAR-CSI, GeoNames.org, Natural Earth. © 2014 Natural Earth, CC 3.0

Die Darstellung von Grenzen und die Verwendung von Namen und Bezeichnungen auf dieser Karte bedeutet nicht, dass die Schweiz diese offiziell befürwortet oder anerkennt.

Die Schweiz unterstützt seit 20 Jahren den Westbalkan im Bestreben nach mehr Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft. Trotz vielen erreichten Fortschritten sind nach wie vor wichtige Reformen notwendig und die Länder der Region stehen vor weiteren grossen Herausforderungen. Die Transitionszusammenarbeit trägt dazu bei, Konfliktursachen zu vermindern, Konflikte zu lösen, vertrauenswürdige Institutionen aufzubauen, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, die Umwelt zu schützen und die Länder in der Region in Europa zu integrieren.

Kontext

Nach dem Ende des Bosnienkriegs 1995 haben in den Staaten des Westbalkans schrittweise Reformen stattgefunden. Mit Kroatien und Slowenien sind inzwischen zwei Staaten des ehemaligen Jugoslawien der EU beigetreten. In den Partnerländern der Schweizer Zusammenarbeit – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien – sind der Systemwandel und der europäische Integrationsprozess unterschiedlich weit fortgeschritten. Diese sind in Serbien und Albanien weiter fortge-

Ziele der Zusammenarbeit im Westbalkan

Die Transitionszusammenarbeit der Schweiz mit den Staaten des Westbalkans verfolgt folgende Ziele: Unterstützung der Transition zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Systemen sowie Konfliktprävention und die Förderung der sozialen Kohäsion und Inklusion.

Die Schweiz unterstützt den europäischen Integrationsprozess, da sie ein sicherheits-, wirtschafts- und migrationspolitisches Interesse an Entwicklung und Stabilität im Westbalkan hat. Die geographische Nähe und die Diaspora aus diesen Ländern in der Schweiz verstärken diese Interessenlage.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

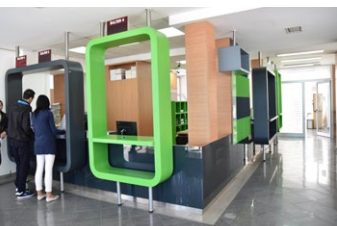
Die Schweiz setzt im Westbalkan in jedem Partnerland eine Kooperationsstrategie um. Die Konzentration auf ausgewählte Bereiche und die langjährige Kontinuität verhelfen der Schweizer Zusammenarbeit zu einem klaren Profil und hoher Glaubwürdigkeit.



Regierungen und Verwaltungen gehen besser auf die Anliegen der Bevölkerung ein.

Gouvernanz, Stärkung von Institutionen und Dezentralisierung

Die Schweiz unterstützt die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und die Arbeitsteilung auf den verschiedenen staatlichen Ebenen. Sie engagiert sich damit in der Festigung der demokratischen Strukturen und der Stärkung von Institutionen sowie bei Dezentralisierungsreformen. Sie fördert die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen auf Gemeindeebene und die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen.



Die zentralen Anlaufstellen der öffentlichen Verwaltung (one-stop-shops), die im Zuge der Förderung der lokalen Gouvernanz entstanden sind, bieten umfassende und transparente Dienstleistungen.

Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung einschliesslich Berufsbildung

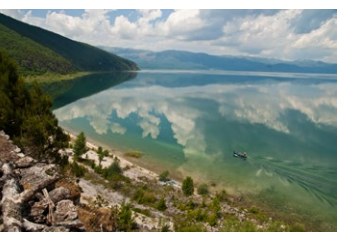
Die Schweiz will einen Beitrag zur Schaffung von beruflichen und wirtschaftlichen Perspektiven leisten. Die Schweiz trägt dazu bei, günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Unternehmen zu schaffen, sie berät die öffentliche Finanzverwaltung und hilft, den Privatsektor, insbesondere konkurrenzfähige kleine und mittlere Unternehmen (KMU), zu stärken und den Zugang zu (internationalen) Märkten zu erleichtern. Die Schweiz setzt sich verstärkt für ein marktorientiertes, modernisiertes Berufsbildungswesen ein, will Jugendliche in den Arbeitsmarkt integrieren und bessere Arbeitsvermittlungsdienste schaffen.



Die Schweiz unterstützt die Berufsbildung bei Jugendlichen, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Infrastruktur, Klimawandel und Wasser

Die Schweizer Zusammenarbeit macht sich für eine effiziente und erschwingliche Wasser- und Energieversorgung sowie für die Abwasserentsorgung und Abfallbewirtschaftung in städtischen und ländlichen Gebieten stark.



Wiederaufbau des Ökosystems im See Prespa.

Gesundheit

Der Fokus der Schweiz liegt auf erschwinglichen Pflegeleistungen für alle. Dabei fokussiert sich die Schweiz auf eine umfassende medizinische Grundversorgung, einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie auf die Förderung von Reformen im Gesundheitssektor.



Die Schweiz setzt sich für den Zugang zur primären Gesundheitsversorgung für alle ein.

Migrationspartnerschaften

Migrationspartnerschaften mit Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Serbien fördern den zwischenstaatlichen Dialog mit der Schweiz, unterstützen Rückkehrende bei der Integration, verringern irreguläre Migration, helfen beim Aufbau von Asylwesen mit und schaffen günstige Bedingungen für Beiträge der Diaspora an die Entwicklung.

Beteiligte Bundesstellen und Budget

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) setzen die Kooperationsstrategien im Westbalkan um.

Die geplanten Ausgaben für die Zusammenarbeit 2017-2020 in der Region Westbalkan betragen rund 538 Mio. CHF. Zwei Drittel davon bestreitet die DEZA, ein Drittel das SECO.

Ausserdem engagieren sich weitere Bundesstellen im Westbalkan, so das Staatssekretariat für Migration (SEM) im Rahmen der Migrationspartnerschaften mit Serbien, Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo, sowie die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA und das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), die im Kosovo aktiv sind.

Impressum

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
3003 Bern, Schweiz
www.deza.admin.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
3003 Bern, Schweiz
www.seco-cooperation.admin.ch

Fotos: © DEZA